



Steife Brise



Windrichtung im Juni:

Wahl-
Analyse I

Wahlen am 25.5.

Seite 3

Wahl-
Analyse II

Europa-
Wahlen

Seite 4

Dies & Das

Geburtstage, Termine
und Kontakte

Seite 5-6

Ein
kritischer Einwurf

Gesetzentwurf
zum Ausländerrecht

Seite 7-8

Werde Freund von
E-Süd auf [Facebook!](#)

Suche:
„SPD Eimsbüttel Süd“
und sende eine
Freundschaftsanfrage!

Einladung

zum Grillfest

zusammen mit der SPD-Lokstedt

Am: Samstag, 14. Juni 2014
ab 16 Uhr

Ort: Wintergarten der Gaststätte „Zum Lokstedter“,
Döhrntwiete (Vereinslokal Eintracht Lokstedt)

Essen: gratis, Getränke: Selbstzahler/innen

Um Anmeldung wird gebeten: tredeo@web.de

Diskutieren - Kinderspiele - Spaß

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Bezirks- und Europawahlen sind vorüber. Die Ergebnisse für die SPD sind aus Sicht der Europawahlen positiv (Gewinn von rund acht Prozent gegenüber 2009), aus dem Blickwinkel der letzten BV-Wahlen (minus rd. neun Prozent zu 2011) eher unerfreulich zu bewerten. Beide Ergebnisse haben ihre Gründe - der Absturz bei der BV Wahl vor allem natürlich den Umstand, dass die letzten BV-Wahlen gemeinsam mit den Bürgerschaftswahlen und dem triumphalen Ergebnis für Olaf Scholz stattfanden. (Mehr zu den Wahlen auf den Seiten 3 und 4 dieser Ausgabe).

Unerfreulich aus der Sicht der SPD Eimsbüttel-Süd ist vor allem das Resultat, dass wir nicht mehr mit vier Vertreter/innen (an dieser Stelle auch ein kräftiges Dankeschön an Uwe Giffei, der nicht mehr antrat) in der BV sind, sondern nur noch mit zweien: Gratulation an Anne Schum und Petra Löning!

Dank gilt hier nicht nur den vielen Wahlkämpferinnen und -kämpfern, sondern auch an Cristian „Pogo“ Pogorelec und an Tom Ewe, die sich engagiert für eine (Personen-)Wahl in die BV einsetzten.

Besonders schade ist es, dass Tom, der seit 2008 in der BV und lange Zeit Vorsitzender des

Jugendhilfeausschusses war, nicht mehr in der BV vertreten sein wird. Danke, Tom!

Nun gilt es (auch ein wenig die Wunden zu lecken, vor allem aber) nach Vorne zu schauen. Die SPD bemüht sich zurzeit um ein erneutes Bündnis mit den Grünen im Bezirk - hierzu finden Sondierungsgespräche statt. Die Kreisvorstände der SPD und der Grünen haben sich jüngst für Verhandlungen ausgesprochen.

Nach Vorne gilt es aber auch zu blicken, da in gut acht Monaten wieder gewählt wird: die Bürgerschaft in ihre dann 21. Legislatur (dieses Mal: fünf Jahre). Aus heutiger Sicht können wir zuversichtlich sein, dass wir die 40% überspringen - auch weil die Mehrheit in Hamburg sieht, dass (tatsächlich) gut regiert wird und Olaf Scholz ein sehr guter Bürgermeister ist. Bis dahin ist es aber noch ein langer Weg.

Und damit zur Sommerzeit: Am 14. Juni wollen wir feiern - gemeinsam mit dem Distrikt Lokstedt und explizit auch mit neuen Mitgliedern der SPD Eimsbüttel-Süd. Kommt vorbei zum Grillfest!

*Mit herzlichen Grüßen
Eure Steife Brise
Redaktion*

Wahl-Analyse

25. Mai 2014

Um eines vorweg zu nehmen: Das Wahlergebnis ist besser als manche vor Monaten befürchtet, schlechter als sich einige aufgrund der SPD-Alleinregierung in Hamburg erhofft haben. Das Ergebnis ist aus meiner Sicht eine Mischung aus vielen Faktoren, die am 25. Mai zusammen wirkten. Zunächst ist eine Wahl immer ein Gradmesser oder ein Spiegelbild einer gesamten Parteien- und Politik-Stimmungslage. Ob es nun der Merkel- oder GroKo-Faktor ist, der Olaf Scholz-Bonus oder die Anti-SPD-Stimmung in einigen Stadtteilen bzw. Bevölkerungsschichten (von links/grün-liberal aufgrund „Lampedusa“ und Gefahrengebiet oder „grünen“ Themen, von rechts-bürgerlich aufgrund von gefühlt „zu viel Stau“ oder angeblich mangelnder Sicherheit/Sauberkeit) - hinzu kam sicherlich auch die generell niedrige Wahlbeteiligung bei Europawahlen (dieses Mal allerdings leicht verbessert) und die diffuse Anti-EU-Stimmung hinsichtlich Rettungsschirm, Ukraine usw. (siehe nächste Seite). Denn eines scheint, und damit steigen wir in die Zahlen-Analyse ein, offensichtlich zu sein - das Wahlverhalten bei der Bezirks- und der EU-Wahl korrelierte, es ähnelt sich stark - im Bezirk Eimsbüttel sieht es wie folgt aus:

Wahl-
ergeb-
nisse

SPD: BV 33,3% (2011: 42,9%), EP 33,1%

Grüne: BV 23,1% (2011: 18%), EP 20,6%

CDU: BV 22,7% (2011: 22%), EP 22,9%

Linke: BV 9,8% (2011: 6,4%), EP 8,6%

FDP: 4,5% (2011: 6%), EP: 3,9%

AfD: 3,9%, EP: 5,3%

Die Piraten haben den Einzug in die BV mit 2,6% nicht geschafft.

Koali-
tion
mit
Grünen

Fakt ist: Die SPD Eimsbüttel hat nur noch 18 von 51 Sitze in der neuen Bezirksversammlung. Das ist mehr, als wir vor ein paar Monaten befürchteten, aber 5 weniger als in den letzten (drei) Jahren. Für eine Mehrheit wird entweder die Fraktion der CDU oder die der Grünen benötigt. Die Grünen hätten gemeinsam mit der CDU und der FDP eine (hauchdünne) Mehrheit. Der Kreisvorstand Eimsbüttel wie auch die Fraktion haben sich für „Sondierungsgespräche“ mit den Grünen ausgesprochen. Es geht hier um rot-grüne Verlässlichkeit und Kontinuität - bei Themen und bei der Unterstützung des Bezirksamtsleiters.

Leider sind wir in E-Süd besonders betroffen von dem schwächeren Wahlergebnis und nur noch mit 2 Vertreterinnen (vorher 4) in der neuen BV: **Gratulation an Anne und Petra!**

Ein großer Dank auch an alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer - und ein aufmunterndes **Dankeschön an Pogo und Tom**, die sich ebenfalls für ihre (Personen-)Wahl sehr ins Zeug gelegt haben.

WK2

Tom hat zwar im Wahlkreis die zweitmeisten Stimmen geholt, leider hat aber die SPD nicht wie 2011 ein zweites Mandat erlangt. **Im Wahlkreis (2)** liegen wir dieses Mal hinter den Grünen: SPD 28%, Grüne 32% - es folgen CDU und LINKE gleich auf (!) mit jeweils 16%, sowie FDP 3,5% und Piraten 4%.

Links-
grüne
Stadt-
teile

„Grün-linke“ Mehrheiten gibt es noch weitere in Hamburg: Eimsbüttel-Nord, Altona-Altstadt (hinter beiden Parteien!), Altona-Nord und Ottensen sowie St. Pauli/Neustadt. Hinzu kommen Wahlkreise, in denen die CDU stärkste Partei geworden ist: HaRo, Othmarschen etc., Blankenese etc. und Nienstedten etc. sowie in Wellingsbüttel/Sasel wie auch in Bergstedt/Duvenstedt/Volksdorf. In Bergedorf haben die Bauern und die Anti-Wind-Fraktion (in Neuen/Altengamme/Kirchwerder/Curslack sowie in Ochsenwerder/Vierlande) die CDU nach vorne katapultiert.

Die BV-Ergebnisse finden sich unter: <http://www.statistik-nord.de/>

Autor: Oliver Trede

Wahl-Analyse

Europawahlen

Europa hat gewählt - und nicht mal jeder Zweite ist in Deutschland, einem der Kernländer Europas, zur Wahl gegangen. Das ist enttäuschend und erschreckend zugleich. Und ich mache aus meiner Enttäuschung keinen Hehl: Zwar haben sich die Genossinnen und Genossen - und E-Süd allemal - vor Ort sehr engagiert für die Europa-Wahlen eingesetzt, und die Bundes-SPD hat „so viel Geld ausgegeben wie noch nie“ und ca. drei Wochen vor der Wahl zahlreiche (Martin Schulz-)Plakate aufgestellt. Dennoch bleibt der schale Beigeschmack: Das war zu wenig!

Wahl-
kampf

Sicher, andere (größere) Parteien haben nicht wirklich viel Positives zur Europa-Wahl beigetragen. Die CDU hat einen reinen Merkel-Wahlkampf betrieben, die Grünen haben ein paar grüne Plakate aufgestellt und die Linken ihre vulgär-linken Slogans rausgehauen - wobei: „Ein Europa des Wachstums nicht des Stillstands“ (SPD) oder „Damit Europa Chancen für alle bringt“ (CDU) sind wahrhaft nicht origineller geschweige denn vielsagender. Hinzu kam in vielen Kommunen, vor allem aber auch in Hamburg, dass parallel zur Wahl zum Europäischen Parlament auch zu Kreis- bzw. Bezirkswahlen aufgerufen war. Das Ergebnis: In vielen Stadtteilen sahen sich die Bürger/innen mit unzähligen Kandidat/innen auf Wahlplakaten mit Hinweisen wie „Wahlkreis Platz 3 und Bezirksliste Platz 17“ konfrontiert und waren wenn nicht überfordert, dann doch zumindest verwirrt bis genervt. Zu einer deutlich höheren Wahlbeteiligung oder gar positiveren Haltung gegenüber „der Politik“ hat das sicher nicht beigetragen.

Spitzen-
kandi-
daten

Aber zurück zu Europa. Das erste Mal - und das ist durchaus positiv zu werten - konnte nicht nur die bloße Zusammensetzung des Europaparlaments (Deutschland mit 96 von 751 Abgeordneten, Hamburg mit drei Vertretern), sondern auch der (potentielle) Kandidat für den Posten des EU-Kommissionspräsidenten gewählt werden. Eine Aufwertung der Wahlen und des Parlaments - genutzt hat es evtl., ein paar Prozentpunkte mehr an Wahlbeteiligung in Deutschland zu erzielen (von 43 auf 48%). Viel mehr leider aber nicht.

Nun schließt sich allerdings - und das war EU-Insidern durchaus bewusst - ein Gerangel um „Wer hat denn nun die Wahlen“ gewonnen an. Schwierig wird die Situation zum einen deswegen, da die Verfassung keinen Automatismus „Wahlergebnis/Präsidentschaft“, sondern lediglich eine „Empfehlung“ der Wahlen vorsieht. Hinzu kommt, dass es weder (im klassischen Sinne) *eine* Partei gibt, die für den einen oder anderen Kandidaten steht (sondern nur einen Zusammenschluss nationaler Parteien/Fraktionen), noch klar ist, wer quasi koalitionär den einen oder den anderen Kandidaten unterstützt. Es ist zu hoffen, dass sich das Parlament - und die Kandidaten - hier einigen.

Natio-
nal-
staat-
liches
Denken

Das weitaus größere Problem hinsichtlich der Führung der EU (Kommission) ist ein nationalstaatliches. Das Säbelrasseln von Großbritannien und Co. gegen einen EU-Kommissionspräsidenten, der aus der „Mitte“ des EU-Parlaments stammt, geht in erster Linie darauf zurück, dass diese Staaten die eigentliche Macht der EU im Ministerrat, der sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zusammensetzt, sehen und ein starker EU-Präsident (durch Legitimation vom EU-Parlament) diese Machtkonstellation konterkarieren würde. Europa ist noch meilenweit von einem Staatenbund entfernt, der (relativ) unabhängig von Regierungen der Nationalstaaten agieren kann. Der Trend - siehe auch die zahlreichen Europa-skeptischen bis -ablehnenden Parteien im EP - geht zurzeit leider wieder in Richtung einer schwachen EU. Und das vor dem Hintergrund der Finanzkrisen und einer instabilen Ukraine am Rande des Kontinents.

Autor: Oliver Trede

Termine

Arbeitsgruppe Anträge/Grundsatzfragen

Di, 10.6., 19 Uhr

Ort: Kreishaus, 4. Stock

Sommergrillfest mit dem Distrikt Lokstedt

Sa, 14.6., 16 Uhr (bis in den Abend)

Ort: Wintergarten der Gaststätte „Zum Lokstedter“,
Döhrntwiete (Vereinslokal Eintr. Lokstedt, Bus: 181 und ca. sieben Minuten zu Fuß)

Niels Annen (MdB) im Gespräch: Bundes- und Außenpolitik

Mi, 18.6., 19 Uhr

Ort: Kreishaus, 5. Stock

Landesparteitag

Sa, 21.6.2014, 10 Uhr

Ort: CCH

Distriktsvorstandssitzung

Di, 24.6.2014, 20:15 Uhr (geänderte Anfangszeit)

Ort: Kreishaus, 4. Stock

Sommerpause

Erster Termin nach der Sommerpause:

Vorstandssitzung am 19. August 2014

Kontakte im Distrikt E-Süd

Distriktsvorsitzender

Oliver Trede

Email: tredeo@web.de

Tel.: 40195363

Stellv. Vorsitzende

Merle Vetterlein

Email: merlevetterlein@web.de

Kassiererin

Kristin Biesenbender

Email: kristin.biesenbender@web.de

Tel.: 46 06 94 90

Orga-Leiter

Pogo Pogorelec

Email: c.pogo@gmx.de

Arbeitskreis Grundsatzfragen & Anträge

Uwe Giffei

Email: ugiffei@web.de

Geburtstagswünsche

Wir gratulieren zum Geburtstag im Juni und wünschen viel Gesundheit:

Delia Asensio Juarez, Thomas Bewilogua, Mohammed-Fahmy Diraz, Leyla Emanet-Taskan, Frank Fock, Uwe Giffel, Sebastian Harms, Elk Heise, Achim Herbold, Daniel Hundt, Kristina Junginger, Andreas Klopp, Christoph Koch, Alexander Nienhaus, Ingrid Nümann-Seidewinkel, Tim Paetzold, Jakob Schemmel, Johannes Schneider, Anne Schum, Guido Sempell, Jan Sommer, Nanje Teuscher, Klaus Tödter, Hannelore Wirth-Vonbrunn

Ganz besonders herzliche Grüße an die runden Geburtstage:

Eckhard Lieb zum 60.,
Bruno Müller zum 65. und
Wolfgang Schum zum 65.

Steife Brise

Redaktion:
Oliver Trede & Kristin
Biesenbender
SPD-Distrikt Eimsbüttel-Süd
Helene-Lange-Str. 1, 20144 HH

Vertrieb: Per Email oder Post
Druck: Copycardo, Aufl.: 140

<http://spd-eimsbuettel-sued.de/>

Vorschau

Kinderfest am 7. September 2014

Kritischer Einwurf: Im Ausländerrecht droht ein riesiger Rückschritt

Dieser Tage ist das Bundesinnenministerium ausgesprochen aktiv, wenn es um Änderungen des Ausländerrechts geht. Gleich drei Referenten- bzw. Gesetzentwürfe sind im Umlauf. Die maßgeblich gegen die Zuwanderung von Roma gerichteten Maßnahmen (Erklärung von Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens und Maßnahmen zur Einschränkung des Sozialleistungsbezugs für arbeitssuchende EU-Bürger) sind ein eigenes, wichtiges Thema, das wir in nächster Zeit sicher einmal länger im Arbeitskreis besprechen werden. Hier geht es mir darum, Euch auf den Referentenentwurf für ein „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ aufmerksam zu machen. Er enthält u.a. eine deutliche Ausweitung des Bleiberechts für gut integrierte Jugendliche (§ 25 a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)) und die Einführung einer stichtagsunabhängigen Altfallregelung. Beide Bestimmungen gehen auf Vorschläge Hamburgs im Bundesrat zurück und zeigen, dass die Flüchtlingspolitik des Senats in vielen Bereichen besser ist, als ihr doch arg ramponierter Ruf.

Das Bundesinnenministerium hat den Referentenentwurf jedoch ohne Not und ohne, dass dies im Koalitionsvertrag vereinbart gewesen wäre, mit einer Reihe schwerwiegender Verschärfungen des Ausländerrechts angereichert. Vorgesehen ist beispielsweise eine massive Ausweitung der Haftgründe. Gilt bisher, dass Haft erst dann in Betracht kommt, wenn entschieden ist, dass der oder die Betreffende ausreisepflichtig ist, so soll mit diesem grundlegenden Prinzip jetzt gebrochen werden. Künftig schafft schon derjenige Haftgründe, der „unter Umgehung der Grenzkontrolle“ einreist - was auf mindestens 90% der Flüchtlinge zutrifft. Diese Pläne haben bereits hohe Wellen geschlagen, und [Heribert Prantl hat am 9.5.2014 in der Süddeutschen Zeitung](#) dazu einen ebenso scharfen wie treffenden Kommentar geschrieben.

Mindestens ebenso folgenreich werden aber die geplanten Verschärfungen im Hinblick auf „Geduldete“ sein. Bisher gilt, dass derjenige, der ausgewiesen oder abgeschoben wurde, vor seiner Ausreise auch dann keine Aufenthaltserlaubnis erhalten darf, wenn er einen gesetzlichen Anspruch darauf hätte (§11 AufenthG). Die einzige Ausnahme bildet bisher §25 Abs.5 AufenthG. Wenn klar ist, dass eine Ausreise dauerhaft nicht möglich ist - etwa weil ein Abschiebungsverbot festgestellt wurde oder die Ausländerin Mutter eines deutschen Kindes ist -, dann kann dennoch eine, wenn auch die schwächste Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Diese Ausnahme soll abgeschafft werden.

Forsetzsetzung nächste Seite →

Die Folge einer solchen Gesetzesänderung wäre die Renaissance der Kettenduldung: Menschen, die dauerhaft in Deutschland verbleiben werden, wird keine Integrationschance gegeben. Eine weitere geplante Änderung droht sogar, die o.g. Bleiberechtsregelungen weitgehend in Leere laufen zu lassen: Bisher können Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die danach hier geduldet wurden, unter Umständen dennoch im Laufe der Jahre eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erhalten - etwa über die Bleiberechtsregelungen. Das Bundesinnenministerium will nun, dass die Ausländerbehörden zukünftig gegen jeden, dessen Ausreisefrist einmal verstrichen ist, also prinzipiell gegen jeden, der sich geduldet in Hamburg aufhält nachdem der Asylantrag abgelehnt wurde, ein dauerhaftes Aufenthaltsverbot verhängen können (geplante § 11 Abs. 6 und 7 AufenthG). Die Bleiberechtsregelungen stünden zwar im Gesetz, nur könnte niemand mehr von ihnen profitieren. Es würde zwar keine einzige Abschiebung mehr durchgeführt werden können, aber diejenigen, die geduldet bei uns leben, hätten keinerlei Perspektive und damit keine Integrationsanreize. Werden diese Vorschläge Gesetz, so würde die Zuwanderungspolitik in Deutschland um Jahrzehnte zurückgeworfen. Denn an die Stelle einer modernen, an der Realität orientierten Zuwanderungspolitik würde wieder der dogmatische Populismus eines „weil nicht sein kann, was nicht sein darf“ treten. Im Justizministerium und seitens unserer Staatsministerin Aydan Özoguz regt sich Widerstand gegen den Referentenentwurf. Gut so! Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden.

Autor: Uwe Giffei (Mitglied des Vorstandes)



Der Gesetzesentwurf lässt sich im Internet aufrufen:

<http://www.migrationsrecht.net/entwurf-eines-gesetzes-zur-neubestimmung-des-bleiberechts-und-der-aufenthaltsbeendigung-2014.html?catid=237>